

Er scheint
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz)
Verlag
Wolfsbuchhandlung
Göttingen-Zürich.
Postfraktionen
franco gegen franco.
Gemeinnützige Briefe
nach der Schweiz kosten
Doppelporto.

Der Sozialdemokrat

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie

Nr. 45.

Donnerstag, 2. November.

Abonnements

wird nur beim Verlag und
beim bekannten Agenten ent-
gegengenommen und zwar zum
voraus zahlbaren
Dritteljahrespreis von:
Fr. 2.— für die Schweiz (Kreuzband)
Fr. 3.— für Deutschland (Kreuzband)
Fr. 1. 70 für Oesterreich (Kreuzband)
Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des
Weltverkehrs (Kreuzband)

Inserate

Die dreizehnpaltige Petitzeil
25 Lit. — 20 Pfg.

1882.

Lesen Sie die Abonnenten und Korrespondenten des „Sozialdemokrat“.

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, bezug verfolgt wird, und die dortigen Behörden sich alle Mühe geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erschweren, resp. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Sendungen nach dort abzufangen, so ist die äußerste Vorsicht im Besonderen notwendig und darf keine Nachlässigkeit verläßt werden, die Briefmarken über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu schützen. Haupterforderniß ist hierzu einerseits, daß unsere Freunde so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag selbst adressieren, sondern sich möglichst an irgend eine unerschütterliche Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß auch unsere Briefe möglichst unerschütterliche Zustellungsadressen mittheilt werden. In zweifelhafte Fälle empfiehlt sich behufs größter Sicherheit Rekommandation. Social an uns liegt, werden wir gewiß weder Mühe noch Kosten scheuen, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Wie verhalten wir uns vor Polizei und Gericht?

1.

Wer Gelegenheit gehabt hat, die Vorgänge näher kennen zu lernen, welche in den letzten Jahren — seit der Herrschaft des Ausnahmegesetzes — so zahlreiche Verfolgungen und Verurteilungen unserer Parteigenossen herbeiführten, bei dem unterliegt es keinem Zweifel, daß dieselben durch Unwissenheit über die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen, noch mehr aber durch Ungeheuerlichkeit und Außerachtlassen der einfachsten Vorsichtsmaßregeln herbeigeführt wurden.

Es gibt nicht wenig Parteigenossen, und darunter selbst solche, denen man nach ihrer Stellung in der Partei etwas mehr Geschick und Vorsicht zutrauen sollte, die sich in die Situation noch gar nicht hineinfinden vermögen und manchmal mit wahrhaft rührender Naivität mündlich und schriftlich Verstöße gegen die einfachsten Vorsichtsmaßregeln begehen.

Wäre die deutsche Polizei im Ganzen nicht noch viel ungeschickter wie gar manche unserer Genossen, die Zahl der Verfolgungen und Prozesse würde noch weit größer sein.

Diesem fortgesetzten Schaden durch eigene Schuld muß endlich nach Möglichkeit ein Ende gemacht werden, und hierzu wollen wir nach Kräften beitragen, indem wir im Nachstehenden eine Reihe von Hinweisen und Rathschlägen geben, von denen zu wünschen ist, daß sie Jeder sich zu Herzen nehme und streng befolge; dann aber auch für sein Theil dazu beitrage, daß Andere sie befolgen, denn oft nützt alle Vorsicht für die eigene Person nichts, wenn Andere Dummheiten begehen und durch ihre Dummheit — wir nennen das Ding beim rechten Namen — ihre Umgebung zu Schaden bringen.

Wer etwa unter den nachstehenden Rathschlägen solche findet, die ihm als überflüssig, weil selbstverständlich erscheinen, dem antworten wir, daß unter diesen Rathschlägen sich leider keiner befindet, dessen Nichtbefolgung nicht schon schweren Schaden herbeigeführt hätte. Es scheint manchmal, als seien Vertrauensseligkeit, Leichtsinns oder Dummheit unausrottbar.

„Das Briefgeheimniß ist in Deutschland so sicher wie die Bibel auf dem Altar“, so rief St. Stephan im Reichstag einem unserer Abgeordneten entgegen, als dieser, gestützt auf eine Reihe von sehr gewichtigen Thatsachen, seinen lebhaftesten Zweifeln über die Wahrheit des Briefgeheimnisses energischen Ausdruck gab.

Da die Bibel aber keineswegs sicher auf dem Altar ist, namentlich, wenn sie silberne Beschläge besitzt, so will die Versicherung des St. Stephan wenig bedeuten; und in der That sind denn auch die Fälle sehr zahlreich, wo sich die Polizeibehörden einer merkwürdig genauen Kenntniß der Postsendungen, die irgend ein „Verdächtiger“ empfing, erfreuten.

Zum Beispiel: Es empfängt Jemand einen Brief oder ein Paket, dessen Inhalt die Partei interessiert. Brief oder Paket werden nicht untersucht, das könnte zu unangenehmen Reklamationen führen. Dagegen weiß die Polizei ganz genau, daß der betreffende Verdächtige etwas empfängt, und kaum hat der Postbote die Sendung abgegeben, so erscheint die Polizei hinter ihm auf der Schwelle und konfisziert die Sendung. Auf diese Weise sind Dutzende und aber Dutzende von Sendungen der Polizei in die Hände gefallen, und sind den Empfängern solcher Sendungen theilweise große Unannehmlichkeiten bereitet worden.

Daraus ergibt sich zunächst folgendes:

Wer Briefe oder Sendungen in Parteiangelegenheiten empfängt, muß sich bewußt sein, daß die Polizei sich für seine Sendungen interessieren könne, er Sorge also dafür, daß solche Sendungen nicht direkt an ihn, sondern an unerschütterliche Dritte gesandt werden.

Daraus entsteht aber umgekehrt die Verpflichtung für Jeden, der solche Deckadressen zur Verwendung empfängt, diese auf's peinlichste und sorgfältigste aufzubewahren, so daß sie bei der strengsten Haus- und körperlichen Durchsuchung nicht gefunden werden. Das ist bei solchen Adressen, die wenig Raum beanspruchen, sehr leicht zu machen; noch besser ist, wenn solche Adressen so geschrieben werden, daß sie nur ihm, dem Benutzer, verständlich sind. Für Dritte unsichtbar aufgehoben müssen sie aber auch dann noch werden.

Man halte in diesen und allen anderen Fällen fest: lieber ein wenig zu viel Vorsicht als zu wenig, und wenn diese Vorsicht auch Zeit und einige Mühe beansprucht.

Wer Briefe an einen Parteigenossen schreibt, der sei vorsichtig im Ausdruck, er schreibe stets so, als wenn ein Polizist ihm dabei über die Achsel sähe.

Es gibt Manche unter uns, die im Briefschreiben sehr ungeschickt sind. Wenn Jemand z. B. einen Brief schreibt und unterzeichnet: „Im Namen des Komitees“ oder „Im Namen der Leitung“, so ist das der hellste Blödsinn. Der Naive, der einen solchen Brief schreibt, hat natürlich gar keine Ahnung, daß wenn dieser Brief in unrechte Hände fällt, er für ihn zur stärksten Selbstdenunziation wird und unter Umständen ihm eine Anklage zuziehen kann, die nach § 128 des Strafgesetzbuchs mit drei Monaten bis zu einem Jahr Gefängniß bestraft wird.

Geheime Organisationen sind verboten, das wissen wir Alle, und zwar nicht bloß durch die Vereinsgesetze und das Sozialistengesetz, sondern auch durch das Strafgesetz. Es begeht also Jeder gegen sich und seine Mitgenossen ein ganz unverzeihliches Verbrechen, wenn er in Briefen sich als Theilhaber an einer irgend wie gearteten geheimen Organisation bekennt, oder an Dritte als Theilnehmer an einer solchen schreibt.

Kaum glaublich, aber häufig genug dagewesen ist, daß Notizbücher zur Eintragung diskreter Adressen oder sonstiger wichtiger Mittheilungen und Notizen benutzt wurden und werden. Die Wegnahme und Durchsüchtung des Notizbuches ist aber das erste, was die Polizei bei jeder Durchsuchung vornimmt, es sollte also das einfachste Nachdenken Jedem sagen, daß er sein Notizbuch von verlässlichen Bemerkungen rein zu halten hat.

Jeder Sozialdemokrat, auch wenn er nach seiner Meinung bisher der Polizei als solcher nicht bekannt war, soll stets und überall darauf gefaßt sein, daß bei ihm gehäusucht oder er einer persönlichen Durchsuchung unterworfen werden kann und soll darnach sein Verhalten einrichten.

Das Denunziantenthum steht in voller Blüthe, außerdem kann er, durch eine Indiskretion Dritter, ganz unfreiwillig denunziert sein, und darauf richtet sich jeder verständige Sozialdemokrat ein.

Wer Briefe von einem Parteigenossen empfängt, ist verpflichtet, sobald er von deren Inhalt Kenntniß genommen, dieselben zu vernichten. Der verstorbene Braute hatte seit dem Ausnahmengesetz die Gewohnheit, jeden Brief, den er bekam, sofort zu lesen und ihn dann sofort den Flammen zu übergeben. Das ist sehr nachahmenswerth.

„Gebt mir drei Zellen von einem Menschen, und ich bringe ihn an den Galgen“, dieses berühmte Wort des berühmten napoleonischen Polizeiministers Fouché sollte jeder Sozialdemokrat sich fest einprägen und sich täglich wiederholen.

Seht sich Jemand mit der Verbreitung verbotener Schriften, z. B. des „Sozialdemokrat“, so soll er solche nie in seiner Wohnung aufbewahren oder finden lassen.

Wer verbotene Schriften empfängt, muß stets, wenn dieselben abgefaßt werden, die Erklärung abgeben können, daß er nicht wisse, wer ihm dieselben gesandt; daß er dieselben nicht bestellt habe und eventuell vernichtet hätte. Er wäre ein Thor, wenn er auf Vorpiegelung Seitens der Polizei oder des Richters, daß er mit geringerer Strafe weggelassen werde, denjenigen verrathen würde, für den sie bestimmt waren; er würde damit sich selbst nicht frei machen, seine Lage nicht im Geringsten verbessern, aber Andere mit in's Verderben reißen. Außerdem kann Niemand bestraft werden, welcher der Verbreitung nicht überführt wurde.

Ueberhaupt lasse man sich bei Verhören weder durch Versprechungen noch durch den Hunger bewegen, Geständnisse zu machen. Die Anwendung solcher Mittel, um Geständnisse zu erpressen, ist gesetzlich strafbar. Nimmt sich ein Polizeibeamter oder gar ein Richter heraus — und diese Fälle sind schon oft dagewesen — einem in Untersuchung Befindlichen mit Verhängung der Haft oder Verlängerung der Haft zu drohen oder andere Drohungen oder Schimpfsworte zu gebrauchen, so verlange man sofort die Aufnahme einer bezüglichen Beschwerde in's Protokoll, man verlange auch Vorführung vor die Staatsanwaltschaft und denunziere dort den betreffenden Beamten und fordere seine strafrechtliche Verfolgung.

Niemand ist verpflichtet, Aussagen zu machen, die er nicht machen will, weder vor der Polizei, noch vor dem Untersuchungsrichter. Ueber das Verhalten im Verhör später.

Das Abonnement auf Zeitungen oder der Kauf und Bezug verbotener Schriften zum Selbstgebrauch, ist nicht verboten und kann nicht bestraft werden. Nur die Verbreitung, also die Weitergabe an Dritte, ist strafbar, aber nach einem Erkenntniß des Reichsgerichts auch nur dann, wenn die Schriften für einen größeren Kreis bestimmt sind.

Werden also bei Jemand in Folge einer Hausdurchsuchung Exemplare von verbotenen Schriften gefunden, so kann er ruhig eingestehen,

dieselben gekauft oder abonniert zu haben. Zu sagen, von wem er sie erhielt, dazu ist er nicht verpflichtet und kann dazu nicht gezwungen werden.

Vorhandene Einzel Exemplare verbotener Schriften gelten — vorausgesetzt, daß keine Verbreitung nachgewiesen werden kann — als Privateigenthum und dürfen nicht beschlagnahmt werden. Erfolgt dennoch eine Beschlagnahme, so erhebe man Beschwerde bei der höheren Verwaltungsbehörde.

Vertraut ein Parteigenosse einen anderen, weil dieser nicht bekannt und darum unbedenklich ist, mit dem Bezug von Blättern oder Schriften, so instruiere er den Empfänger auch genau, was er zu thun und zu lassen habe, falls eine polizeiliche Beschlagnahme der Schriften bei ihm stattfinden sollte.

Es ist ganz unzweifelhaft, daß Post und Polizei behufs des Abfangens von Paketen mit Schriften unter einer Decke stehen, daß Postbeamte unter Aufsicht solcher von der Polizei eine genaue Kontrolle der eingehenden Pakete vornehmen und, wo der Inhalt konstatirt wird, den Empfänger fassen. So nur allein erklärt es sich, daß in so und so vielen Fällen der Polizist dem Postboten auf dem Fuße folgte und das Gesuchte — fand.

Wichtig ist ferner, daß Derjenige, welcher Pakete zu empfangen hat, seine Angehörigen instruiert, daß sie im Falle seiner Abwesenheit solche in Empfang nehmen. Oft sind solche Sendungen in Folge der Zurückweisung durch die Frau der Polizei in die Hände gefallen.

Für allen schriftlichen Verkehr ist eins noch von besonderer Wichtigkeit. Es gewöhne sich Jeder daran, Adressen deutlich und genau zu schreiben. Mangelhafte Adressirung in Folge undeutlicher Mittheilung der Adressen, hat in einer Menge von Fällen die unangenehmsten Folgen gehabt.

Büfcharbeit

nannten wir wiederholt die „großen Arbeitergesetze“, welche vom „Oedipus des 19. Jahrhunderts, der die Sphinx der sozialen Frage glücklich gelöst hat“ (natürlich in seinem Kämmerlein), dem deutschen Reichstag vorgelegt worden sind.

Und als Büfcharbeit wird es jetzt von den offiziellen Streikanten selbst anerkannt. Man lese nur. Vor mehreren Tagen brachte ein preussischer Regierungswahlschettel folgende Notiz, die in sämtlichen, derartigen Zusendungen zugänglichen Zeitungen Aufnahme fand:

„Berlin, 18. Oktober. Angesichts des nahe bevorstehenden Termins, an welchem die Reichstagsession wieder beginnt, dürfte es an der Zeit sein, den wichtigen Entwurf, die der Beratung der Kommissionen unterliegen, einige Betrachtungen zu widmen. Nach und nach stellt es sich nämlich heraus, daß die Vorlage über Unfallversicherung in der projektirten Gestalt kaum durchführbar ist. Einer ungefähren Berechnung zufolge würde die Zahl der korporativen Genossenschaften, auf deren Bildung der Gesetzentwurf laßt, sich auf nahezu 2000 stellen, und da die zu den einzelnen Genossenschaften gehörigen Betriebe kämlich nicht zusammenhängen, sondern über den District einer hohen Verwaltungsbehörde zerstreut sind, so würde sie kein gewerbliches Leben entwickeln können und eine geregelte Verwaltung sich nur schwierig erreichen lassen. Trotzdem muß aber der Grundgedanke des Entwurfs der Unfallversicherung als richtig angesehen werden, und es wird Sache des Reichstags sein, zu zeigen, daß er auch die Fähigkeit der Initiative besitzt und im Stande ist, die Vorlage auch im Detail so zu amendiren, daß sie auch der Form nach brauchbar wird. Mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten der Frage ist des Oesteren schon geäußert worden, die Sache habe keine Eile, man könne noch warten und sie auf Jahre hinauschieben; dies wäre jedoch sehr bedenklich und dürfte dem ganzen Plane zum Schaden gereichen. Als der Reichskanzler die Absicht erkennen ließ, das Loos der Arbeiter durch positive Schritte zu erleichtern, machte dies Projekt in Arbeiterkreisen einen sehr guten Eindruck. Wenn sich jedoch die Erfüllung der gehegten Hoffnungen mehr und mehr hinzieht, so beginnt sich Mißtrauen einzuschleichen und die Durchführung der Sache erschwert sich von Tage zu Tage. Diesen Umständen gegenüber hat man sich in Interessentkreisen damit beschäftigt, durch welche positiven Vorschläge den formellen Mängeln des Entwurfs abzuhelfen sei; diese Vorschläge dürften zur Kenntniß des Reichstages gelangen.“

Und zwei Tage später versandte dieselbe Wahlschettelabteilung nachstehende Korrespondenz:

„Berlin, 20. Oktober. In Bezug auf die formelle Abänderung des Entwurfs einer Unfallversicherung gehen, wie verlautet, die Vorschläge der Beteiligten dahin, an Stelle der sachgewerblichen wirtschaftlichen Genossenschaften Bezirksgenossenschaften zu bilden. Danach wären also für die vorhandenen Verwaltungsbezirke in den Bundesstaaten, also z. B. für Preußen in jedem Regierungsbezirke, je eine solche Genossenschaft zu errichten, in denen sich alle dazugehörigen gewerblichen Vereinigungen. Auf solche Art bestände man etwa 75 Verbände, die sich von der Zentralstelle aus unzweifelhaft sicherer und vollkommener leiten ließen, als die früher geplanten 2000 Korporationen. Was den Standpunkt der Reichsregierung zu solchen Vorschlägen anlangt, so erzählt man, daß in der Wilhelmstraße das Hauptgewicht auf die Durchbringung des Prinzips der Unfallversicherung gelegt wird; hinsichtlich der Form dürfte man sich leicht zu Konzessionen herbeilassen. Der Vorschlag auf Vereinigung und Verminderung der korporativen Verbände dürfte aber um so leichter Annahme seitens der Regierung finden, als die Einrichtung solcher Bezirksverbände schon bei den Vorberatungen für den Gesetzentwurf in Erwägung gezogen worden ist.“

Da haben wir es also schwarz auf weiß, und amtlich attestiert, daß die Regierung dem Reichstag einen Gesetzesentwurf vorgelegt hat, „der in der projektirten Gestalt kaum durchführbar ist.“

Kann eine Regierung sich ein klügeres Armutszugewiß ausstellen? Und die Sache wird noch schlimmer, wenn wir bedenken, daß der Entwurf des Unfallversicherungsgesetzes in seiner gegenwärtigen Gestalt schon der zweite Entwurf eines solchen Gesetzes ist; und daß von dem ersten kein geringerer als der „Cedipus“ in blühender Person vor verarmtem Reichthum erklären mußte, derselbe habe nichts getaugt!

Wohlan, der zweite taugt ebensovienig. Und vor solchen Gesetzgebern soll man Respekt haben? Soll an die „sozialreformatorische“ Wissen und den „sozialreformatorischen“ Ernst des Mannes glauben, der innerhalb der letzten vier Jahre — es sind jetzt genau vier Jahre, seit er die samosen „positiven Maßregeln“ versprochen! — auf „sozialreformatorischem“ Gebiet absolut nichts fertig gebracht hat, mit Ausnahme dieser jämmerlichen Pflasterarbeit? (Das andere der beiden „großen Arbeitergesetze“, das über die Krankenkassen, ist heilighaltig noch jammertlicher!)

Was nun die im Waschzettel vorgeschlagene „Verbesserung“ anbelangt, so wird sie sehr wenig nützen. Ob die Zahl der korporativen Genossenschaften 2000 beträgt, oder ob wir bloß 75 „Verbände“ bekommen — das ist im Ganzen höchst gleichgültig. Den „Genossenschaften“ oder „Verbänden“, welche der Bismarcksche Polizeistaat einrichten wird, geht eben das wichtigste Bedingniß der Existenz ab: die freie Bewegung, die Selbstthätigkeit. Es sind mechanische Gebilde, die keine innere Lebenskraft haben, die nur von außen her durch den Landrath oder Kreis- hauptmann, mit Hilfe der Polizei künstlich in Gang gesetzt werden können, und, weil ihnen das eigene selbständige Leben fehlt, nie zu lebensfähigen und lebensfähigen Organismen werden können. Gegen das Prinzip der Unfallversicherung haben wir ja unter den heutigen Verhältnissen nichts einzuwenden, auch dem kann man zustimmen, daß die Unfallversicherung mit dem allgemeinen Krankenkassenwesen in Verbindung gebracht wird, und zur Basis der (freilich noch in nebelhafter Ferne liegenden) Alters- und Invalidenversorgung gemacht werden soll — aber das läßt sich nur durchführen durch lebenskräftige „Korporationen“, die vollkommen selbständig — wenn auch natürlich noch einheitlichem Plan geleitet — sein müssen, und für die Arbeiter nur in großen Gewerkschaften bestehen können.

Ohne selbständige Gewerkschaften der Arbeiter keine Arbeitergesetzgebung. Das möge Herr Bismarck sich merken!

Aus Frankreich.

Die Unruhen in Monceau-les-Mines sehen noch immer im Vordergrund der öffentlichen Diskussionen. Alle Parteien suchen aus denselben Kapital zu schlagen, in erster Linie natürlich die Monarchisten, welche papageiädelnlich ihr stupides „in einer Monarchie ist so etwas unmöglich“, wiederholen. Daß in der absolutesten der Monarchien, in Rußland, in diesem Augenblicke noch etwas ganz anderes passiert, läßt die Nachrichten ebensovienig wie ihre deutschen Nachdrucker.

Der Prozeß gegen die „aufretherrischen Bergleute“ ist fast gegen Ende der Verhandlungen unterbrochen und vertagt worden, angeblich weil die Geschworenen durch Drohbriefe an der Fällung eines unbedingten Urtheils verhindert worden seien. Welch' elende Ausflucht! Wer empfängt heute keine Drohbriefe? Und wer, außer Bismarck, hat solche bisher veröffentlicht oder ihnen irgend welche Bedeutung beigelegt? Zudem trug der vom Präsidenten des Gerichtshofes verlesene Drohbrief noch eine derartige Rarität zur Schau, daß er entweder von einem sehr unskudigen Durschen oder von einem sehr raffinierten Polizeischurken geschrieben sein muß. Auf letzteres läßt das große Lob des Vertheidigers schließen, das natürlich nur geeignet war, diesen in den Augen der bürgerlichen Geschworenen nur „verdächtig“ erscheinen zu lassen.

Zu Wahrheit wurde der Prozeß vertagt, weil er je länger um so mehr die ganze Wichtigkeit der Anklage enthüllte. Die gewaltige Verschönerung, von der dieselbe jabelte, schwand immer mehr in ihr Nichts zusammen, es blieb absolut nichts übrig als ein lokaler Krach, hervorgerufen durch die „liebvolle christlich-soziale“ Behandlung der Arbeiter von Seiten der frommen Bergwerksverwaltung.

Hören wir zunächst die Anklage des Herrn Bergwerksdirektors Jules Chagot. (Wir zitiren nach der „Justice“):

Herr Chagot erklärt, daß er, wie Jedermann religiöse Gefühle habe, aber daß er nichts dagegen habe, wenn seine Arbeiter/denken (wie edel!), was ihnen gut dünkt. „Was ich nicht will“, sagt er, „sind öffentliche Demonstrationen von antireligiöser Gesinnung, daß sie an antireligiösen oder sozialistischen Versammlungen oder Manifestationen u. s. w. theilnehmen.“ — Auf eine Frage des Vertheidigers seht Herr Chagot hinzu: Ich habe meine Arbeiter nicht verhindert, Zivildemobils zu beizuwohnen, ich äußerte nur, daß ich sie nicht zu solchen gehen zu sehen wünschte (das kennt man! d. Red.) und ich entließ die, welche sich in Opposition zu mir besanden.“

Aber Herr Chagot — der Mensch dünnte eigentlich Chagot heißen (cagot = scheinheilig) — ist dennoch ein sehr toleranter Mann; trotzdem er wußte, daß Dreiviertel der Arbeiter seine religiösen Ansichten nicht theilten, hat er sie doch nicht entlassen, sondern hochberzigt weiter ausgebeutet, natürlich unter der Bedingung, daß sie sein kuscheln und prompt zur Messe und Beichte gingen.

Der selbige Hilfs-Preisler von Monceau, Herr Gauthier, sagt aus, daß er mit den Pfarrangehörigen nur wegen der Beerdigungen Schwierigkeiten gehabt habe. Er habe sich darüber bei der Grubenverwaltung beschwert (edle Christenheit!), worauf 10 oder 12 Personen entlassen worden seien — zur größeren Ehre Gottes. „Aus diesem Grunde habe ich gegen ihn ein gewisser Haß entwickelt. Einmal habe man seine Fensterscheiben zerbrochen, aber obwohl man allerhand Unthat an seiner Thür verübt habe, sei er doch von keiner Drohung betroffen worden.“

Und Herr Jeanin, der Maire (Bürgermeister) von Monceau erzählt:

„Die Bergarbeiter haben große Ursache zur Unzufriedenheit mit den großen Gesellschaften, die einen empörenden religiösen Druck auf ihre Arbeiter ausüben.“ Er bestätigt dann im Verlauf seiner Aussage, daß die zum Ansehen angestellten Arbeiterinnen gezwungen wurden, den Kadachten beizuwohnen, die Besuche von Priestern und Nonnen zu empfangen, zur Predigt zu gehen u. s. w., und daß jede Gans durch Theilnahme an religiösen Zeremonien erkaufte werden muß. Ohne dieselbe gibt es nur Bußen und Entlassung.“

Aber trotz dieser Aussagen suchen nicht nur Staatsanwalt sondern auch der Gerichtsvorsitzende — Raffon heißt der Biedermann — mit Gewalt aus diesen rein lokalen und weiß von halbblindigen Leuten verübten „Verbrechen“ eine gewaltige politische Staatsaktion zu fabriciren. Es zeigt sich dies namentlich beim Verhör des Arbeiters Bonnot, dem Vorsitzenden des Syndikatsvereins „Der Gedanke“ (welch ein aufretherrischer Name für einen Arbeiterverein! Ein Arbeiter, der denkt, ist ja schlimmer als ein Mörder!), den sie gern als Sammelplatz der Bergarbeiter hinstellen möchten, um Grund zu seiner Auflösung zu liefern. Bonnot aber ließ den Herrn Präsidenten gehörig abbitten. Man höre nur:

Präsi.: Sie korrespondiren mit Dumoy (im Creusot), und man hat bei Ihnen Briefe dieses Agitators gefunden, worin Sie aufgefordert werden, energisch zu sein, weil der große Tag herannahet. Was soll dieser Satz bedeuten?

Kntwort: Es ist nicht meine Aufgabe, Ihnen dies auseinanderzusetzen.

Präsi.: Man hat bei Ihnen die rote Fahne beschlagnahmt?

Kntwort: Ich habe bei Prozessionen viel weiße Fahnen gesehen, ich glaube, mir eine Fahne anschaffen zu dürfen, die mir gefällt. Deshalb habe ich die rote Fahne angehängt (Bewegung). —

Präsi.: Haben Sie am 15. August während Ihrer zweiten Monats-sitzung nicht eine wichtige Nachricht empfangen?

Kntwort: Ein Freund, der Bürger Dumont, kam zu mir und sagte: „Bonnot, man will die Kapelle von Bois-Duverne in die Luft sprengen.“ Ich kehrte in die Sitzung zurück und sagte zu den Mit-gliedern: Wenn ich erfähre, daß unter denen, welche diese Absicht haben, sich Mitglieder des Syndikatsvereins befinden, so würde ich mein Amt niederlegen.“ Dann ging ich nach Hause.

Präsident: Ihre Pflicht als Präsident des Syndikatsvereins war, mit allen Mitteln das Attentat zu verhindern, welches man zu verüben im Begriff war.

Kntwort: Es war nicht meine Pflicht, die Rolle der Polizei zu übernehmen. —

Trotz dieser treffenden Zurechtweisung kommt der Herr Präsident im Verlauf des Prozesses immer wieder darauf zurück, daß Bonnot die Pflicht gehabt hätte, die Erzeze direkt zu verhindern. Wenn das keine Beeinflussung der Geschworenen ist, so gibt es überhaupt keine.

Schließlich verließ der Edle den oben erwähnten Drohbrief, und, um die Vertagung des Prozesses als ganz besonders dringlich erscheinen zu lassen, werden plötzlich auf Veranlassung des Gerichtshofes in Paris, Lyon und St. Etienne Verhaftungen über Verhaftungen von Sozialisten und Revolutionären, sowie von Redakteuren sozialistischer Blätter vorgenommen, die indess nicht den erwünschten Erfolg hatten, denn die meisten der Verhafteten mußten bereits nach 24 Stunden wieder auf freien Fuß gesetzt werden.

Ebensovienig Erfolg hatten die „Entküllungen“ der gutgesinnten Presse, namentlich des Gombettischen Blattes „Paris“, welche in weiter nichts bestanden als in geheimniskräftigen Ausstrahlen von Dingen (Visten u.), die in den sozialistischen Blättern lange vorher offen mitgeteilt worden waren.

Wenn die Polizei nicht volles Hiaslo machte, so dankt sie dies in erster Reihe den — Anarchisten.

Zu einer am 25. Oktober in Paris stattgehabten „Protestversammlung“ gegen die Massendrohungen hatte der Hauptredner, der bekannte Anarchist Lezangais, selbst den Revolutionären und besonders den Anarchisten zugerufen:

„Ich beschwöre sie, unsern Feinden auch nicht den geringsten Vorwand zu liefern. Die Zeit ist vielleicht nicht fern, wo sie von einem großen Volkssturm werden weggeführt werden. Lassen wir sie in ihrem eigenen Fett schmoren; biliten wir uns vor den Hasen. Diese Leute handeln weniger aus Dummheit, wenn es auch so scheint, als aus Berechnung. Sie würden nur zu glücklich sein, wenn sie einen Vorwand hätten, uns auszuwurteln. Laßt uns nicht in den revolutionären Don Quichottismus verfallen, Paris hat sich oft genug bewährt, als daß man es der Heißeit anklagen werde. Es bedarf keiner neuen Hekatomben, es hat die Reaktion zu fürchten, welche die Folge derselben sein würde.“

Mit diesem Rathe, dem auch die angenommene Resolution entsprach, kam er indess bei den Anarchisten in Lyon und anderwärts schlecht an. Nicht, daß sie etwa ihre Haut riskirten, aber sie versorgten die Regierungspresse nach Kräften mit Revolutionspflakaten, in denen es nur von Exekutionen, Dynamit, und ähnlichen Dingen, die den Philister einschüchtern, wimmelte. Hierzu kommen noch die wirklich insamen Dynamitattentate in Lyon. An einem öffentlichen Ort, wo es die Restauration eines Theaters ist, eine Dynamitpatrone explodiren zu lassen, ganz unbedenklich, wenn sie verfehlt, das kann nur ein Schurke oder ein Wahnsinniger. Die Beschönigung des Revolts, daß in dem betreffenden Lokal nur die „hohe Schweinerei“ von Lyon verfehlt, ist mehr als abgeschmackt, sie ist frivol. Wenn doch diese Herren, welche die Sympathie mit den russischen Revolutionären stets im Munde führen, sich vergegenwärtigen wollten, welche kolossale Vorsichtsmaßregeln diese, die sich doch in einer Zwangslage befinden, beobachten, um nur ja keinen Unschuldigen zu treffen. So dankt der General Todleben, der graufame Henker Bogub, des edelsten aller Revolutionäre, sein Leben nur dem Umstande, daß er stets mit seiner jungen Tochter ausfuhr; die Männer der wirklichen That scheuten davor zurück, ein Menschenleben ohne Noth zu vernichten, und wenn es das der Tochter ihres Todfeindes war. Ein Rikalt-schisch, nach Urtheil der gerichtlichen Sachverständigen ein Genie, verwendete seinen ganzen Scharfsinn darauf, die Bomben, welche für den Henkerzweck bestimmt waren, so zu konstruiren, daß ihre Wirkung auf den geringsten Umfang beschränkt blieb.

Uebrigens ist noch in keiner Weise konstatiert, wer das Vordensstück von Lyon begangen, so daß es nicht unmöglich ist, daß ein gewöhnlicher Akt von Privattraue vorliegt. Dann bliebe aber immer noch die Freiwillität zu verurtheilen, eine solche That für revolutionär anzusehen.

Der Prozeß von Monceau-les-Mines ist also vertagt; er soll aber schnellst wieder angenommen werden, da es das Gericht nicht über sich bekommen hat, selbst diejenigen der Untersuchungsgefangenen freizugeben, deren Unschuld sich aus dem Verhör bis zur Evidenz erwiesen hat, und man sich doch schämt, die Haft übermäßig anzudehnen.

Die Ausbeuter der Wollbranche haben den Augenblick für gekommen erachtet, die mit den Arbeitern im vorigen Jahre vereinbarten Abmachungen zu brechen. Was die Herren ganz besonders empört, ist, daß sie es nicht mit den einzelnen Arbeitern, sondern mit den Vertretern der Gesamtheit derselben, der Exekutionskommission, zu thun haben. Das soll in Zukunft ausbleiben, ebenso die Blockirung der Werkstätten morthiliger Fabrikanten. Faktisch heißt das nichts anderes als das Verlangen, daß die Arbeiter sich der wirksamsten Waffen zur Vertheidigung ihrer Interessen begeben sollen. Natürlich haben sie keine Lust, darauf einzugehen und so scheint der Streik oder vielmehr Arbeitsausfall ziemlich sicher. In einer großartigen, von 4000 Personen besuchten allgemeinen Schreiner-Versammlung im Saale Graffard wurden am letzten Sonntag, nachdem das hinterlistige Vorgehen der Prinzipale zur Kenntniß des Publikums gebracht war, beschlossen, daß am Tage, wo die Fabrikanten die Werkstätten schließen, die Arbeiter jeder solchen Werkstätte ihren Prinzipal nach der Ursache dieser Maßregel fragen und beim Gewerkerath die Zahlung einer Entschädigung verlangen sollen, jedoch nicht unterlassen sollen, vorläufig ihr Werkzeug mitzunehmen. Ferner forderte die Versammlung die Regierung auf, gegen den Fabrikantenbund wegen Beeinträchtigung der Freiheit der Arbeit einzuschreiten, wie sie im vorigen Jahre gegen die Arbeiter eingeschritten ist.

Was diese sich wohl hätten wird, zu thun.

Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 1. November 1882.

— Heute hat Genosse Bebel im Leipziger Bezirks-Gefängniß die Haft für zwei rechtskräftig gewordene Verurtheilungen in Höhe von drei Monaten angetreten. Eine dritte Verurtheilung Bebel's in Höhe von zwei Monaten schwebt noch vor dem Reichsgericht.

— Ein Rußerlanttag. Ein Schock Landräthe, ein halbes Schock Kanzeleiden, ungefähr ebensoviel Rechtsproffen, als Zugabe noch einige Minister, Geheimen Räte und Regierungspräsidenten — das sind so die Hierden des neuen preussischen Landtages, von Spagobgeln auch Volkvertreterung genannt. So glänzend hat sich das Dreiklassenwahl-system noch nie bewährt. Nun wird Bismarck, der Unschickbar, wohl demüthig bekennen, daß er sich Anno 67 geirrt, daß das Kantonsverfassungssystem doch nicht „das denkbar elendeste“ ist. Wo es sich um das Staatswohl handelt, hat er ja seine genialen — Irthümer stets geru bekannt. Als er 1878 z. B. merkte, daß er die indirekten Steuern

zunächst nur in Form von Schutzzöllen einheimen könne, bekannte er freimüthig, daß er sich früher geirrt, daß der Freihandel die Wurzel alles Übels sei.

Eigentlich so recht froh wird der geniale Staatsmann doch nicht sein, es ist ihm zu viel des Glüdes. Er hat eine liberal-konservative Mehrheit, wie er sie sich nicht besser wünschen konnte, aber die samose Mittelpartei, nach der er, ach! so sehnsuchtsvoll verlangte, sie ist um so klüger in die Brüche gegangen. Die liebe Kompagnie Bennigens hat die Zehne bezahlen müssen, sie kommt um 30 Mann schwächer angeläut. 67 Bennigens'sche und 47 Freikonservative macht zusammen 114, da fehlen noch 103 zur Majorität, und wenn ihm auch von rechts so mancher Landrath willig zu Hilfe kommt, falls die Kompagnie Windthorst eines Tages nicht Ordre pariren will, allzutief nach rechts darf er nicht hinübergreifen, sonst fällt ihm links ab, was er rechts geholt. So fehlt ihm denn trostlosdem die Majorität, deren er bedurfte, um dem widerborstigen Reichstag in die Fianke zu fallen.

Nicht minder als Bismarck ist das Großmaul Eugen Richter, das den Fortschrittshimmel voll santer Baggelein saß, hineingefallen. Er ist überall da geklopft worden, wo er sich der glänzenden Resultate versch, und wird, wenn er die Häupter seiner Lieben läßt, nach Abzug der Hänel'schen Rebellen, finden, daß manches geliebte Haupt fehlt und die Schar seiner Schildknapen sich eher vermindert hat als vermehrt. Und das nach so geräuschvoller Reflams-Agitation, nach so zahlreichen Siegesparaden vor dem Sieg!

Herr Hänel aber ist nicht minder betriibt als sein Gegenüber Eugen: zwar hat er seinen Sitz behauptet und auch seine intimsten Getreuen glänzlich ins Trockene gebracht, allein die „große liberale Partei“, der er nachjagte, wie das Kind in der Fabel dem verjauerten Vogel —

Ach der Piepmaz ist entflohen
Und der Piepmaz kommt nicht mehr

Er ist fort, und nicht einmal eine Feder vom Schwanz des Durchbrenners ist dem samosen Syrapredner in der Hand geblieben, um ihn an seinen schönen Traum zu erinnern. Graulame Enttäuschung! Ach, es wird nicht die letzte sein. War es auch sein „Ideal des Ideals“, so war es doch nicht sein „letzte“, und er ist in diesem Punkte dem Reichskanzler „aber“, der schon vor zwei Jahren bei seinem „letzten Ideal“ angelangt war und nun trauernd an dessen Grab steht. Herr Hänel ist anderthalb Jahrzehnt jünger, als der Herr Reichskanzler, und kann sich noch den Luxus einiger „Ideale“ gönnen.

Wahrhaft komisch sind die Borkwirke, welche die Herren Liberalen (Fortschrittler natürlich eingeschlossen) an die Adresse der Dreiklass-Wähler richteten. Die Wähler der dritten Klasse sollen daran schuld sein, daß die liberale Majorität nicht zu Stande gekommen. Wir glauben es gern, daß es den liberalen Herren Bourgeois erster und zweiter Klasse sehr angenehm gewesen wäre, wenn die Proletorien der dritten Klasse sich ihnen als Schwanz angeschlossen und ein paar Duzend Konservative zu Fall gebracht hätten — zum größeren Ruhme der Herren Richter, Hänel, Koster, Bennigens. Die Wähler dritter Klasse, soweit sie selbständig denken und einer politischen Partei angehören, sind aber fast ausnahmslos Sozialdemokraten, und sie hielten sich wohlweislich, auf den Richter'schen Leim zu gehen. Sie thaten das Einzige, was Würde und Prinzip unserer Partei erheischten, sie enthielten sich. Auch nicht ein Sozialdemokrat hat in Berlin oder anderswo sich an der Wahl betheiligt. Liberale, speziell fortschrittliche Blätter, die ihren Kerger, daß die Sozialdemokraten nicht für die Fortschrittler gestimmt, nicht vermeiden können, sprengen aus, hier und da, insbesondere auch in Berlin, seien sozialdemokratische Stimmen für konservative Kandidaten abgegeben worden. Das ist aber einfach gelogen. Die Herren Liberalen und Fortschrittler sollten bedenken, daß die Sozialdemokratie das demokratische Prinzip stets hoch gehalten hat, während es von den Herren Liberalen und Fortschrittler (wir erinnern letztere nur an den berüchtigten Straf-gesetzesantrag Hänel's, sowie daran, daß Herr Hänel bei der Reichstags-wahl 1877 in Schleswig-Holstein die Weisung gab: Wo ein Sozialdemokrat in Frage kommt, stimmen wir für den Konservativen) hundertmal mit Füßen getreten worden ist, und täglich mit Füßen getreten wird.

Also die Sozialdemokraten stimmten nicht, und die nicht sozialdemokratischen Wähler dritter Klasse gehdren zumiß keiner Partei an und waren in Folge ihrer politischen Ungebildetheit zum größten Theil eine leichte Beute der konservativen Wauermlänger.

Zedensfalls hat Herr Richter gesehen, daß seine fortschrittlichen Bäume nicht in den Himmel wachsen.

Wer ist denn nun aber zufrieden mit dem Ausfalle der Wahlen? Abgesehen von einigen hyperorthodoxen Nudern nur allein das Zentrum. Dieses ist trotz der gütigen Angriffe der „Norddeutschen“ die maßgebende Fraktion im Landtage. Wo das Zentrum ist, da ist die Mehrheit. Herr Windthorst wird den Ton angeben — der Vertreter der preussensindlichen Hannoveraner. Das ist auch ein Witz der Weltgeschichte.

— Wie der Baum, so die Frucht. Das „denkbar elendeste aller Wahlgesehe“ hat auch eine nette Sorte von Volksmännern in das Abgeordnetenhaus gebracht. Eine der edelsten Früchte von diesem Baume ist der Regierungsrath von Wiesbaden, Herr von Wurm b, meland Polizeipräsident von Berlin und — noch heute — besonderer Günstling des deutschen Kaisers.

Herr v. Wurm b hat bekanntlich insolge der Affaire Hessel's Berlin, wo er unendlich wurde, verlassen müssen; aber er wurde befördert, während sein Opyer in der schaufllichsten Weise mißhandelt wurde. Als konservativer Abgeordneter zieht der berüchtigte Wüstling wiederum in Berlin ein, um durch Theilnahme an der Rückwärtssetzung für die Moral zu wirken — eine Heuchelei, wie sie schamloser gar nicht denkbar ist.

Ansichts dieser „Wahl“ des Kreises Biedenkapf bringen wir die bei E. W. Krebs in Bern erschienene Broschüre: „Frauenloos in Preußen und Preussische Gerechtigkeit“ in Erinnerung, welche nicht nur über den pp. Wurm b eine erdrückendes Material enthält, sondern auch andere, in Amt und Würden stehende „Ehrenmänner“ in bisher unbeachteten Lichte erscheinen läßt. Aus dieser Broschüre veröffentlichen wir heute folgenden

Brief: Potsdam, am 16. Juni 1874.

Geehrter Herr Justizrath!

Sollte es für irgend eine Sache von Nutzen sein, so bin ich bereit, in der Anklagesache wider Hessel:

1. zu beschwören, daß der pp. Wurm b mir zwei Mal sein „heiliges Ehrenwort“ gegeben und nicht gehalten hat. Jengen habe ich dafür nicht.

2. aus den Akten und durch amtliche Jengen nachzuweisen, daß der v. Wurm b wissenschaftlich falsche Amtsberichte gemacht, und zwar an S. K. H. den Prinzen Karl, sowie auch an die vorgeordneten Behörden und an des Königs Majestät. Dadurch hat der pp. Wurm b die Wahrheit, die er mir selbst ausführlich erklärt hatte und die durch die Akten und Jengen bestätigt werden würde, an maßgebender Stelle als ihr direktes Gegenheil geschildert, was ebenfalls die Akten nachweisen. Sollte es keiner guten Sache förderlich sein, so bitte ich, mich aus dem Spiele zu lassen.“

Das Original dieses Briefes liegt bei einer von Fr. Hessel's an das Preussische Abgeordnetenhause gerichteten Petition. — Armes Weib, das Schicksal dieser Petition ist besiegelt!

— Zum Thema: „Wie der Pindler flunkert“ wird uns von einem unserer hervorragenden deutschen Genossen geschrieben:

„Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, das Leiborgan des Fürsten Bismarck, ist vermöge ihrer Stellung nicht bloß über alle Regeln des Anstandes, sondern auch der Logik und des gesunden Menschenverstandes

erhaben. Sie hat das Privileg, zu schimpfen, zu verfluchen, zu lügen und staatsmännischen wie unstaatsmännischen Unsinns zu schreiben. Mit Ausnahme einiger Kalaien mit und ohne Uniform, welche die Expektorationen und Exkremente des Dalai-Lama als Kussflüsse der Gottheit zu verehren und, wenn es sein muß, auch anzuspüren pflegen, weiß Jedermann, daß dieses Blatt das Aßl aller Niederträchtigkeit und Dummheit ist.

Wenn es gilt, einen Gegner zu beschimpfen, eine recht dicke Lüge, eine recht saftige Verleumdung in die Welt zu schicken und recht tief in den Strohhalm zu greifen — dann ist es die „Norddeutsche Allgemeine“, die für dieses Ehrenamt auserkoren wird. Und sie verrichtet es mit sichbarem Wohlgefallen.

In jüngster Zeit hat das saubere Blatt, da es wegen seiner Ungeheuerlichkeit und allzu großen Verrentenheit im Landtagswahlkampf nicht verwendet werden konnte, sich mit besonderer Vorliebe darauf verlegt, die Sozialdemokratie zu beschimpfen und die tollsten Lügen über sie zu verbreiten.

Gewisse Vorgänge in Frankreich werden in der grotesksten Weise entstellt und aus den größten Farben haarsträubende Schauergerichte zusammengelächelt, welche der schauernden Menschheit zeigen sollen, daß die Sozialdemokraten Mörder, Brandstifter und der Himmel weiß, was sonst noch, sind, und daß die französische Republik notwendig zu Grunde gehen muß, weil sie außer Stande ist, sich solcher Schenkel zu erwehren — wozu natürlich nur eine Monarchie mit einem Major-domus (Hausmeier) à la Bismarck fähig ist.

Bei dem Wiener „Krausmord-Affekt“ war es die „Norddeutsche“, welche am unerschrockensten das Verbrechen der Sozialdemokratie in die Schuhe schob und die schuldigsten Denunziationen anknüpfte.

Als vor 14 Tagen eine österreichische Staatsanwaltschaft die freienhändige Unverschämtheit beging, die ungarischen Judenkravalle auf geheime Maschinen der Sozialdemokratie zurückzuführen, war die „Norddeutsche Allgemeine“ das einzige Blatt, welches diesem ebenso dummen als gemeinen Streich jubelte und dem Idioten von Staatsanwalt sekundierte, obgleich sie ganz genau weiß — aus ihrer nächsten Nähe und durch ihre eigene persönliche Erfahrung weiß — daß die sogenannte „antisemitische Bewegung“ in den Sozialdemokraten ihre entschiedensten Gegner hat und in Deutschland, speziell in Berlin, trotz eifrigster Unterstützung seitens des Patrons der „Norddeutschen Allgemeinen“ an der Haltung der Sozialdemokraten gescheitert ist.

Die neueste Lügenleistung der „Norddeutschen“ besteht in einer längeren Notiz, dahingehend, daß die Frage der Verlängerung des Sozialistengesetzes einen „bestimmten Streit“ unter der deutschen Sozialdemokratie hervorgerufen habe.

Die „Liednachtsche Gruppe“ sei der Ansicht, daß die Fortdauer des Sozialistengesetzes im Interesse der Partei liege, von anderen (Gruppen?) würde diese Anschauung als Politik der „Phrose“ bekämpft, und daß der so entstandene Streit innerhalb der sozialdemokratischen Partei mit den größten Waffen geführt werde, verheißt sich von selbst. Die Leser des „Sozialdemokraten“ wissen, was es mit dieser Phantazie auf sich hat. So wenig es innerhalb der sozialdemokratischen Partei „Gruppen“ im Sinne der „Norddeutschen“ gibt, gibt's auch „Streit“ über irgend eine Frage, und nun gar über die der Verlängerung oder Nichtverlängerung des Sozialistengesetzes.

Wir sind zu gute „Realpolitiker“, um uns um ungesetzte Eier zu kümmern, und sehen dieser Frage mit dem Gefühl absolutester „Wahrhaftigkeit“ gegenüber. Wird das Sozialistengesetz abgeschafft, so wissen wir, daß es nicht aus Liebe zu uns abgeschafft wird, und wir bleiben, was wir sind; und wird es nicht abgeschafft, so bleiben wir erst recht, was wir sind. Daß das Sozialistengesetz für die Schulung und Festigung unserer Partei unentbehrlich gewesen ist, und überhaupt eine treffliche erzieherische Wirkung gehabt hat, darin stimmen übrigens alle Sozialdemokraten ohne Ausnahme überein.

Die Frage, ob die Verlängerung oder Nichtverlängerung des Sozialistengesetzes wahrscheinlich sei, ist allerdings im Parteiorgan — und nur hier — behandelt worden, jedoch, wie das in der Natur des Themas liegt, ganz akademisch. Und wo ist, so fragen wir, der „Streit“, der „mit so großen Waffen geführt“ worden sein soll? Auch nicht ein Wort, daß die Behauptung der „Norddeutschen“ rechtfertigt. Das Bismarcksche Leitblatt kennt offenbar noch nicht die für Lügner von Profession so unentbehrliche Regel, daß man wahr lügen muß, d. h. daß die Lüge einer Beimischung von Wahrheit bedarf, um flüchtig zu werden.

Wohlwollig hat sich die „Norddeutsche“ von der „Liberalen Correspondenz“ sagen lassen müssen, daß sie mit dieser ihrer Notiz eine kolossale Dummheit gemacht. Denn ein besseres Argument für die Aufhebung des Sozialistengesetzes könne es doch nicht geben, als daß dessen Fortdauer von den Sozialdemokraten gewünscht werde. So weit hatten die Verstandeskkräfte des Bismarckschen Leitblattes allerdings nicht gereicht.

— Preussische Justiz. Dem konservativen „Reichsboten“ entnehmen wir folgende, an den Attentatsommer erinnernde Mittheilung:

„Wegen wiederholter Majestätsbeleidigung stand dieser Tage ein Tapezierer Namens Adolf Stier vor der Strafkammer des Landgerichts I. Vielleicht hatte der bedauerliche Mensch es darauf abgesehen, auf längere Zeit Versorgung zu bekommen, denn er war wegen Bettelns und Bagabondirens bestraft, oder er ist seiner Verstandeskkräfte nicht ganz mächtig, denn er hatte eine über die Verhütung einer dreitägigen Haft ihm angeordnete Bescheinigung benutzt, um auf die Rückseite derselben einen Schmähbrief an den Kaiser zu schreiben und hatte einen zweiten Schmähbrief mit „Stierenburg“, ja eine Postkarte ähnlichen unflätigen Inhalts sogar mit seinem Namen A. Stier unterschrieben. Trotz alledem bestritt er bei dem Verhör seine Autorschaft und erst eine Handschriftenvergleichung konnte die Identität seiner Schrift herausstellen.“

Und der „bedauerliche“, „vielleicht seiner Verstandeskkräfte nicht ganz mächtige“ Mensch wurde von der ehrenwerten Strafkammer zu 4, sage vier Jahren Gefängnis verurtheilt! Schade, daß die Namen der Biederwänner nicht genannt sind! Solche Kuchelheelen muß man sich merken für den Fall, daß sie einem später einmal in den Weg laufen.

— Der Belagerungszustand für Hamburg-Altona wurde in der Bundesrathssitzung vom 24. Oktober auf ein weiteres Jahr verlängert. Debatte gibt's nicht. Es wurde einfach abgestimmt und ja gesagt. Wir begreifen wirklich nicht, warum die Herren Bundesräthe nicht nach dem Muster der Bismarckschen Strafformulare sich Belagerungszustandsformulare in blanco anschaffen, die gleich im Voraus dudenweise unterzeichnet und je nach Bedarf dann, wenn gebraucht, vom ersten besten Schreiber ausgefüllt und mit dem Datum versehen werden könnten. Es wäre immerhin eine Zeitersparniß. Vielleicht findet unser Vorschlag Anlaß und kann schon für Berlin, das Ende des Monats (November) an die Reihe kommt, praktisch verwertet werden.

— Ein gut erzogener Professor. Herr Adolph Wagener, der jetzt Dank dem konservativen — Hand glücklich in den Hofen des preussischen Landtages eingelaufen ist, sagte am 27. Oktober, am Jahrestage seines vierfachen Durchfalles, in einer Versammlung der christlich-sozialen Partei:

„Den Vorwurf, er wirke mit „höchsthöchstem Privilegio“ und er sei vom Fürsten Bismarck mit dem Tabakmonopol als „Patrimonium der Enterbten“ in den April geschickt, weise er zurück. Fürst Bismarck habe sich diesbezüglich mit ihm, Redner, in voller Uebereinstimmung

begeben und ihn ermächtigt, gewünscht, daß diese Idee weiter verbreitet werde. Die Idee habe vielfache Sympathien, namentlich auch bei den Arbeitern gefunden. Wenn der Fürst Reichskanzler in zwischen anderen Sinnes geworden ist, so nimmt ihm das Redner als Realpolitiker und Taktiker, der mit verschiedenen Faktoren zu rechnen hat, nicht übel.“

Allerdings nicht übel, diese „Gutherzigkeit“ des Herrn Wagener. Nachdem er zum inoffiziellen Bannverbot gemißbraucht worden, bezog sich auf mißbrauchen lassen, und nachdem er in dem Leitblatt Sr. Durchlaucht erst kürzlich, in Sachen der Kapitalsteuer, einen Fußtritt größten Maßes erhalten, ergo er doch nach wie vor unterthänigst die Massenbearbeitung für die Volksempfehlung des „Sozialreformers“. Er nimmt ihm nichts übel.

Und ein so unerschütterlicher, um nicht zu sagen charakterloser Mensch hatte die Stirn, um die Stimmen der sozialistischen Arbeiter Berlins und des Ruppertsbals zu werben. Wäre er es noch einmal versuchen, und er wird noch ganz anders heimgeschickt werden, als am 27. Oktober 1881. Die Arbeiter wollen Männer zu ihren Vertretern, aber keine Waschlappen.

— Ein Chinesen-Streit. Die chinesischen Gastarbeiter, schreibt die „Soo Joo Times“, die von englischen Firmen in Shanghai angeheilt sind, bekommen 6 Dollars per Monat, wovon Doll. 3.80 für Verpflegung in Abzug kommen, so daß Doll. 2.20 für eine monatliche harte Arbeit übrig verbleiben. Diese unbedarbenen Arbeiter ließen sich nun beifommen, zu freieren und 8 Doll. monatlich zu verlangen, wofür sie nach den bestehenden Gesetzen der Todesstrafe verfallen sind.

Selbst die so tief gesunkenen Löhne in China beginnen, wie man sieht, nach einem besseren Dasein zu trachten. Wir wünschen den Streikern in Shanghai besten Erfolg!

— Aus Leipzig, 28. Oktober, schreibt man uns: „Unsere Polizei — der „Gründungsige“ an der Spitze — ist seit 14 Tagen in einer entsetzlichen Aufregung. Durch Versehen eines Genossen und landesübliche Postkrederei hat sie zwei Sendungen „Sozialdemokrat“ in die Hände bekommen und gab sich dem komischen Wahn hin, dem Betrieb des Parteiorgans hier und in ganz Deutschland nicht unliegenden Ländern auf der Spur zu sein und ihn ganz verhindern zu können. Wäre es gelungen, welche Verzerrungen für's Knopfloch und welche Goldstücke in's Portemonnaie! Ist aber leider nicht gelungen. Auch andere Leute haben Augen, wenn's auch nicht grüne sind. Item — unsere Polizei — der „Gründungsige“ an der Spitze — hat den Staat nicht gerettet; sie müssen noch bei den Göttern in die Schule gehen, die es weilsand im alten Rom besser fertig gebracht haben.“

Die Lohnbewegung der Weher dauert fort. In Wehr haben die Fabrikanten durch ihre Brutalität eine Verleumdung unmöglich gemacht; ebenso in Grimnitzau. Aus beiden Orten wird das hiesige „Tagblatt“ aus Fabrikantenkreisen mit Korrespondenzen bedacht, welche die Rohheit und verlogene Gerechtigkeit, die vielfach in diesen Kreisen herrschen, recht deutlich widerspiegeln. Den Arbeitern, so hören wir da, ist es nie so gut gegangen wie jetzt; die Fabrikanten haben stets in öfterlicher Weise für „ihre“ Arbeiter“ gesorgt, ja sich förmlich für sie aufgeopfert, indem sie ihnen höhere Löhne bezahlten, als der Waarenpreis rechtfertigte; die Arbeiter sehen das auch ein, aber sie sind durch sozialdemokratische Wähler aufgehebt worden. So die Dichtung im „Tagblatt“. Die Wahrheit ist, daß die Arbeiter am Hungertuch nagen, nach offiziellen Ermittlungen so niedrige Löhne beziehen, daß sie nicht davon leben können; und daß die Sozialdemokratie als solche mit dieser ganzen Lohnbewegung absolut nichts zu thun hat.

In Großenhain und an anderen Orten wird die jegliche Bewegung zur Organisation von Gewerkschaften beuligt, was sehr vernünftig ist und allgemein nachgeahmt werden sollte.

Auf einer Arbeiterversammlung in Glauchau wurde der Nachweis geliefert, wie die Fabrikanten es fertig gebracht haben, daß „im Vergleich zu früher“ keine Lohnerhöhung“ stattgefunden habe. Die hiesigen Herren Fabrikanten — ich zitiere hier einen Bericht der amtlichen „Leipziger Zeitung“ — haben, bei Einführung des neuen Maßes, einfach die Brabantier Elle, mit der bisher gemessen worden war, durch den Meter ersetzt und den Meter als Brabantier Elle bezeichnet, obgleich diese nur zwei Siebentel kürzer ist! Dank diesem sinnreichen Kunststück sind seit Einführung des neuen Maßes die Löhne in Wirklichkeit in dem Maße gesunken, wie sich der Meter zur Brabantier Elle verhält! Es werden also für dieselbe Arbeit, die früher mit sieben Mark bezahlt wurde, jetzt noch fünf Mark bezahlt!

Aber, nach Meinung oder Behauptung der Herren Fabrikanten ist das keine Lohnerhöhung, weil für den Meter gerade so viel bezahlt wird wie weilsand für die Brabantier Elle!

Ich glaube, ein hübscheres Stückchen von Fabrikanten-Moral und Fabrikanten-Pflichtigkeit wird nicht leicht anzutreffen sein! —

— Anarchistisches. „Trotz aller Bemühungen der parlamentarischen Führer, der ehemaligen sogenannten Sozialisten, hatte ihnen die große Masse des Volkes bewiesen, daß sie nichts mehr von Wählposten hören will. Die Arbeiter Berlins haben massenhaft ihre Theilnahme an der Wahl abgelehnt. Wägen die Liebkecht und Kompagnie in ihren Blättern sozialer Illusionen veröffentlichen als sie nur wollen — um das Volk zu doktrinarisieren — sie werden bald gezwungen werden, zu gehen, daß sie mit ihrem Predigen des Parlamentarismus einen Kadaver zu beleben suchen.“

Also schreibt über die preussischen Landtagswahlen der Genfer „Revolte“. Da sein Hauptmacher die Verhältnisse in Deutschland sehr gut kennt und unser Blatt sehr sorgfältig liest, so hat er nicht einmal die Entschuldigung der falschen Information für sich. Es ist bewußte Unwahrheit, auf Deutsch: Lüge, infame Lüge!

Was sagen die zarten Seelen dazu, die gleich entrißet sind, wenn wir den Anarchisten einmal auf ihre geküßelten Unterstellungen ein großes — nicht doch! nur ein verbes Wort erwidern?

— Herr Heinrich Hoge, der ständige Redakteur der Wiener „Zukunft“, veröffentlicht in der „New-Yorker Volkszeitung“ eine Erklärung gegen alle diejenigen, welche ihn der Theilnahme an der Merfallinger-Affäre für verdächtig erklärten, wozu u. A. auch wir gehören. Da unsere dahingehende Notiz (Nr. 33 vom 14. September d. J.) auf direkte Mittheilung von durchaus zuverlässigen Wiener Genossen beruhte, und da Herr Hoge zwar sehr viel erklärt, aber nichts widerlegt, so sehen wir vorläufig keine Veranlassung, das, was wir dort gesagt, zurückzunehmen.

Herrn Hoge's sehr weischwäufige Erklärung hier wörtlich wiederzugeben, finden wir uns gleichfalls nicht veranlaßt, da unsere Begriffe von Gerechtigkeit und Kollegialität es uns nicht vorschreiben, auf Fußtritte mit Gefälligkeiten zu antworten. Der Letztere von uns verlangt, der wende sich in anständiger Form an uns.

Herr Hoge hat, so lange er als Redakteur der „Zukunft“ fungierte, sich zum Vorkämpfer der inoffiziellen Verleumdungen unserer Partei und unserer Vorkämpfer gemacht, er gehörte zu jenen, welche unsere Genossen Bebel und Liebkecht mit Vorliebe als Feiglinge, Verräther und Schurke „brandmarkten“, er spielte sich empatisch als „Mann der revolutionären That“ auf, und brannte hinterher in feigster Weise durch. Einem derartigen Volktrou mehr Glauben zu schenken als Genossen, die seit langen Jahren in aufopfernder Weise für die Sache der Sozialdemokratie wirken, sind wir wirklich außer Stande.

Uebrigens mag sich Herr Hoge mit seinen Reklamationen zunächst an

seine eigene Parteipresse wenden, welche den Raubanfall an Merfallinger als „erste That“ feierte. Nach ihr kann der Verdacht der Theilnahme an dieser „That“ ja nur etwas ehrenvolles sein; wenigstens läßt unsere Logik einen anderen Schluß nicht zu. So lange diese Herren Anarchisten und Sozialrevolutionäre ihre Preise in dieser Beziehung nicht beabsichtigen, haben sie keinen Grund, sich über Leute zu beschweren, welche die Auslassungen derselben als maßgebend für sie betrachten.

— Belgien. Letzten Sonntag, Montag und Dienstag, schreibt man der wackeren „Loefomst“, hat Louise Wilsch in Brussel drei Vorträge gehalten. Die Kanaille in Glacéhandschuhen hat die müthige Frau fortgesetzt unterbrochen und sich auf acht kräftigste Weise benommen. Die Herren und Damen, die stets über die Sprache und Manieren des Volkes herziehen, haben sich unflätiger ausgeführt, als der gemeinste Mann, als die tiefst gefallene Frau. Man muß in die Freudenhäuserquartiere gehen, will man ein Pendant von dem sehen, was der noble Böbel leistete.

Natürlich hatte die gesammte Presse, die offen reaktionäre wie die sogenannten unparteiische, kein Wort des Tadelns für diese Flegelien. Ja, wenn es Arbeiter gewesen wären!

— Italien. Der rabidale Arbeiterbund, der aus 8 Organisationen, darunter die Mitgliedschaften der italienischen Arbeiterpartei und des lombardischen Sozialistenverbandes, sowie den Verein: „Die Ehre der Arbeit“ besteht, hat in einer gemeinsamen Versammlung einstimmig beschlossen, den langjährigen Redakteur der „Vieba“, Oswald Gnoschi-Biani, zum Kandidaten für die Deputirtenwahl anzustellen. Gnoschi-Biani ist ein erprobter Sozialist und den deutschen Genossen durch seine Mitarbeiterschaft an der „Zukunft“ und an der „Sozialdemokratischen Korrespondenz“ noch in guter Erinnerung.

Aus seiner vortrefflichen Kandidatenrede, die er am 27. Oktober im Theater Gastelli hielt, heben wir folgende Stellen hervor:

„Einige fragen uns: Wie steht es mit Euren religiösen Glauben? Darauf antworten wir offen: Wir sind Atheisten. Glauben der revolutionären materialistischen Philosophie glauben wir an keine Gottheit, wir leugnen das Uebernatürliche. (Wiederholter Beifall.) Wir können den Begriff eines persönlichen Gottes nicht zulassen, weil er die unerschöpfliche Quelle übermächtiger Autorität ist, weil er von der Höhe des Olymp herab auf die Erde einen Hagel von kleinen Despotismen herabfallen läßt; auch aus einem Gefühl der Menschlichkeit können wir ihn nicht akzeptieren, weil wir sehen, wie dieses höchste Wesen bei dem Landvolk als Hügel dient, damit diese armen Leute ihre Wünsche und Bedürfnisse nicht höher schrauben.“

„Es bleibt mir noch ein Argument zu widerlegen, welches Vielen von uns Sympathische, wenn Ihr wollt, erhabene Erinnerungen erwecken wird. Aber die Wissenschaft erhebt, die Wahrheit zu bekunden, auch wenn sie uns rauh und schmerzhaft berührt. Ich spreche vom Vaterland. Das Vaterland ist ein großes Ideal, aber es ist im Verleichen begriffen. Alles ist vergänglich auf Erden; und das Buch des Schicksals weiß nichts davon, daß dasselbe nicht vergänglich sei. An die Stelle des kleinen Vaterlandes setzt wir das internationale Vaterland: wir haben weder Grenzen noch Schlagbäume; an unserem Horizonte leuchtet strahlend die Verbrüderung der Völker. (Großer Beifall.) Es ist Zeit, die geographischen Lösungen durch soziale zu ersetzen, heute internationalisiert die Wissenschaft Alles, Industrie und Handel; auch das Kapital, dessen Bestrebungen gewiß nicht sehr hochherzig sind (Heiterkeit), ist international, die Koupous haben nach ihm kein Vaterland. Wenn aber unter dem Schutze der Gesetzgebung und dem Beifall der Regierungen das Kapital sich international entfaltet, warum den Arbeitern, den Repräsentanten der Arbeit verbieten, sich international zu organisieren?“

Die Wahl hat am 29. November stattgefunden, über den Ausfall wissen wir bis jetzt nur, daß in Zofia Genosse Andrea Costa gewählt ist. Vivat sequens!

— Aus England. Am 27. Oktober fand in Manchester eine Bergarbeiter-Konferenz statt, auf der Delegirte aus Yorkshire, Lancashire, Cashire, Nord Staffordshire, Derbyshire und Nord-Wales anwesend waren, die 114,674 Personen vertraten. Sie nahmen folgende Resolution an: Daß nach der Meinung dieser Konferenz dort, wo die Minenbesitzer eines Distriktes eine Erhöhung von 10 Prozent über den jetzigen Lohnsatz anbieten, diese als Kompromiß anzunehmen ist, um einen Streik zu vermeiden.

Johann Wolf, dessen Haft letzten Donnerstag adlie, wurde schon Mittwoch Nacht freigelassen, um die Demonstration zu verhindern, welche seine Freunde auf Donnerstag früh vor dem Gefängnis verabredet haben sollen. Er soll wohl aussehen. Nächsten Montag kommt Metens aus dem Gefängnisse.

Sie haben vielleicht in englischen oder französischen Zeitungen gelesen, daß in Paris eine Konferenz englischer und französischer Arbeiter stattfanden soll, um das Konstantinopelprojekt zu unterstützen. Ich weiß nichts über die Franzosen, aber so viel weiß ich, daß nicht Einer der Engländer, die man als Delegirte nennt, hinginge, wenn er nicht schwer dafür bezahlt würde. Ich weiß auch, daß die Kosten nicht von den Vereinen gezahlt werden, denen sie angehören, und ich weiß ferner, daß die englischen Arbeiter sich gar nicht darum kümmern, ob der Tunnel gebaut wird oder nicht. Wer das Geld aufbringt, weiß ich nicht, aber es sind keine Arbeiter. Lassen Sie daher die selbständigen Arbeiter nicht glauben, es sei hier eine Agitation für den Tunnel im Gange. Es denkt hier Niemand daran.

— Serbien. Ein königlicher Schurkenreich! Als am 24. Oktober Milan, der König von Oesterreichs Gnaden, nach seiner Rundreise in sein beglücktes Land zurückkehrte, wurde er von Frau Helena Markowitsch, der Wittve des auf seinen Befehl kriegsgerichtlich erschossenen Oberst Jessem Markowitsch, mit einer Kugel empfangen. Der „Engel der Könige“ beschlachte den diden Patron, die Kugel ging fehl, das Vaterland war gerettet.

Milan versteht sich ebenso sehr auf den Schwindel wie seine „lieben Bettern“, er ließ sofort in die Welt hinaustelegraphieren, daß das Volk in seiner Wuth die Attentäterin bald zerissen hätte, und daß das Attentat zu dem Zwecke unternommen war, um die russische Partei in Serbien aus Ruder zu bringen. Das Eine so erlogen wie das Andere. Das Volk war so entrißet, daß es noch Nachts unter Hochrufen auf die Republik die Straßen durchzog, und wie „russisch“ das Attentat war, geht daraus hervor, daß Milan die prononziertesten Anhänger der „Somoprawa“ (Selbstverwaltung), des Organs der Radikalsozialisten, sowie den Redakteur der revolutionär-sozialistischen „Borba“ (der Kampf), verhaften ließ. Brutalitäten gegen Frau Markowitsch erlaubten sich nur verschiedene der Herren Offiziere.

Jessem Markowitsch, der im serbischen Feldzug wahre Heldenthaten verrichtete und erschossen wurde, weil er ein den offenbar zweckwidrigen Anordnungen der Rikue des ebenso großmäuligen wie unflätigen russischen Generals Ighernajeff nicht Folge geleistet, war, wie sein leider zu früh verstorbener Bruder, der allen serbischen Sozialisten unvergessliche „serbische Luffalle“, Svetozar Markowitsch, ein unerschütterlicher Gegner Nikitsch's, des ehrgeizigen Agenten der russischen Regierung. Das war sein Verbrechen, wegen dessen er den Tod erleiden mußte, denn Milan war damals noch russischer Knecht. Man bemesse demnach die Schamlosigkeit, welche dazu gehört, die Verzweiflungsthat der unglücklichen Wittve als im Dienste Russlands geschehen hinzustellen!

Korrespondenzen.

— Niederlausitz, im Oktober. Die heilige Hermandad der Stadt Forst hätte sich im Laufe dieses Sommers beinahe zu Tode gelassen.

Das damalige Oberhaupt, der provisorische Polizeikommissar Prange, ging allen Andern in dieser Korbkaltigkeit voran. Beim letzten Schlußwort hatte der Betroffene ganz besonders auf Kosten mehrerer Bürger gezeichnet, worauf ihn dann in seinem „Suffi“ eine förmliche Verhaftungswahl wählte. Unter Andern ließ er in den Parkanlagen ein anständiges Mädchen von der Seite des Bräutigams weg nach dem Polizeibureau bringen, und nur dem energischen Protest des Lehrers und anderer Personen habe es das Mädchen zu verdanken, daß es nicht wie eine feile Dirne über Nacht im Gewahrsam behalten wurde. Außerdem verhaftete Prange noch mehrere Bürger zu arrestieren; einer derselben bearbeitete ihn jedoch derartig mit dem Regenschirm, daß ihm die Luft zu weiteren Abenteuern verging; schließlich mußten ein paar mittelreiche Seelen den Ordnungshelden nach Hause eskortieren, sonst wäre er befallen im Kinnstein liegen geblieben. Eine gemeinliche Strafe ist auf diese Käuflinge natürlich nicht erfolgt, Prange mußte nur seinen Posten vor der jetztgehenden Zeit seinem noch nicht wieder ganz genesenen Vorgänger Krantz abtreten, welcher ausnahmsweise ein äußerst nützlichener Mann ist.

Der Polizeikommissar Wuschak, der eigentlich zu bedeutungslos ist, als daß sein Name an dieser Stelle erwähnt werden sollte, verklagte kürzlich eine Frau, welche öffentlich gesagt hatte, daß W. fast immer betrunken ist; da dieselbe jedoch Beweise brachte, wurde sie vom Schöffengericht freigesprochen.

Reulich hat ein anonymer Lump mehrere hiesige Genossen wegen angeblichen Sammelns von Geldern zu sozialistischer Propaganda denunziert und erfolgte darauf Hausdurchsuchung bei den Genossen Böhle und Würfel, nachdem man sie vorher, unter dem Vorwande, ihnen eine Feuerwechterskarte auszubringen zu müssen, auf das Polizeibureau gelockt, dort befragt und über persönliche Verhältnisse ausgefragt hatte. Gefunden wurde bei Würfel nichts, während bei Böhle eine harmlose Erklärung, in welcher das schreckliche Wort Rasse enthalten war, konstatiert wurde.

Von Privatpersonen hat sich bei der Sozialistenhetze ein früherer Nachsozialist, der sich Zigarettenfabrikant Schickmann schimpft, besonders hervorzuheben; u. A. entließ er mehrere seiner Arbeiter wegen ihrer Gesinnung. Kenntniß davon verschaffte sich der Lump durch Hörschen an der Thür der Arbeitsstube.

Die Jungblutverteilung in Sommerfeld, aus Anlaß des 400-jährigen Jubiläums der Einverleibung der Stadt mit der Mark Brandenburg, konnte nach Meinung des dortigen Räuberblattes nur von Fortschrittsozialdemokraten erfolgt sein. Beweise dafür wollte sich der Staatsanwalt durch die Fortschritt Polizei verschaffen, und fand deshalb bei Gen. Bisovsky'sche Hausdurchsuchung statt, die natürlich erfolglos verlief.

In Sorau hat unter den Weibern eine Lohnbewegung stattgefunden, dieselbe ist ohne Streik verlaufen und hat den Beteiligten ihre traurige materielle Lage um ein geringes erträglicher gestaltet.

Spremberg hat jetzt ein Prachtexemplar von Stadtgramm anzuweisen. Kann hat er sich in seiner neuen Stellung bequem gemacht, so erscheint auch schon der Gerichtsbeschreiber, um ihn wegen 2000 Mk., die er in der Eile der Abreise zu zahlen vergessen hat, auszuhebeln. Jetzt wäre Holland in Noth gewesen, wenn der Wirth des Biedermanns nicht für diese Kleinigkeit Garantie geboten hätte. Als Gegenleistung für diese Liebesdienst leistet der Bürgermeister, der nebenbei gesagt, Rittermeister A. D. ist, seinem Wirth die Pferde zu. Um nun die Aufmerksamkeit von der hohen Person abzulenken, wurde in Sozialistenhetze gemacht, wobei ihm eine Nummer „Sozialdemokrat“ in die Hände fiel, in welcher 30 Mk. aus Spremberg für den Unterstützungsfonds quittiert waren. Welch ein Skandal, so viel Geld zu schenken, wo es so nötig braucht! Wenn er wenigstens noch die Abende gekannt hätte! Herr Georg Wittig, genannt der Speiser (einen Speiser = trinken, sich betrinken), war so freundlich, ihm in dieser Hinsicht behilflich zu sein, denn in Gesellschaft mit den Vätern der Stadt erzählte er, wie seine Tischler einen Verein, Lichterbund genannt, anführten, welcher Geld nach der Schweiz liefert. Jetzt wissen wenigstens die Sozialdemokraten auch, an wen sie sich zu wenden haben, wenn sie einmal in Geldverlegenheit sind.

Im Allgemeinen ist die Stimmung der Genossen der Niedertänzig vorzüglich. Unsere mannesgetreue Thätigkeit für die Verbreitung unserer Principien ist vom besten Erfolg gekrönt. Jeder Tag führt uns neue Kämpfer zu und vermehrt damit den Rath und die Begeisterung für unsere Sache. Wenn es sich Jeder zur Pflicht macht, wie bisher bei jeder Gelegenheit zu agieren, so wird die Niedertänzig bald eine der mächtigsten Stützstellen im Befreiungskampfe des Proletariats sein.

Mit sozialdemokratischem Gruß!

Im Auftrage: G. F.

Zwickau, im Oktober. Seit Veröffentlichung des offiziellen Wahlberichtes, in welchem wir mittheilen konnten, daß wir den Sieg in dem 18. sächsischen Wahlkreise wieder an die rothe Fahne gesetzt, um ihn nie wieder derselben entreißen zu lassen, haben wir im Parteiorgan nichts wieder von uns hören lassen. Wenn nun die Genossen auswärts daraus schließen sollten, daß wir nun jetzt wieder auf der saulen Haut liegen, so will ich hiermit konstatieren, daß dem nicht so ist. Die Parteiverhältnisse sind beinahe geregelt, die Verbindung unter den Genossen ist seit der letzten Reichstagswahl, auch ohne politische Erlaubniß, eine gute und geschlossene geworden, bezeichnend ist die Abkommenszahl auf den „Sozialdemokrat“ in diesem Jahre um ein Bedeutendes gestiegen, kurz, der Geist der Zwidauer Bergarbeiter, sowie der Crimmitschauer und Werdaer Fabrikarbeiter für unsere gerechte Sache ist ein guter, und der Haß der Arbeiter gegen die Tyrannie der Ausbeuter nimmt von Tag zu Tag zu. Wenn nun in den ersten Jahren des Bestehens der deutschen Unterdrückungsbill bei der Agitation unter den Genossen eine gewisse Besonnenheit und Jaghaftigkeit herrschte, so hat sich dies jetzt gänzlich geändert, man hat nach und nach gelernt, das Unbeschuldete von Sozialistengehässen unwirksam zu machen, ja, das Agitieren macht jetzt sogar öfters noch mehr Vergnügen als früher, weil man der Polizei dabei stets ein Schnippchen schlagen muß. Es ist ordentlich ergötzlich zu sehen, wie täpeltst sich die Spitze bei dem Ausstrecken unserer Unternehmern benehmen. Hatten wir da zum Beispiel diesen Sommer eine Waldpartie arrangirt und von Zwidaun einen Wagen mit Munition, bestehend aus mehreren Kästern Bier, sowie Brod und Wurst, mitgenommen. Davon hatte nun die Behörde Kunde bekommen und so kam es, daß die Schandarmen, unterstützt von Zwidauner Spitzeln, mehrere Stunden lang bei stürmendem Regen im Walde suchten, ohne uns zu finden. Erst als wir am Abend mit leeren Wagen im Dorfe Weichenborn anlangen, wurden wir von der heillosen Hermandad ermittel. Nun ging das Notieren und Fragen los, welches mehrere Tage in Anspruch nahm; als das Ausschuldseln beendet war, konnte man jedoch beim besten Willen keine Verchwörung konstatieren.

Es wird uns überhaupt seitens der Polizei eine Aufmerksamkeit geschenkt, die fast rührend ist, namentlich hat sich unser Bize-Wachmeister Striegler die Ausrottung der Sozialdemokraten zur Aufgabe gemacht, wobei er es an schürkenhaften Gemeinheiten nicht fehlen läßt; so hat er in Gemeinschaft mit einem seiner würdigen Kollegen bei Gelegenheit einer Hausdurchsuchung die Ehefrau des Bergarbeiters Schlosser in Abwesenheit ihres Mannes körperlich bis auf die nackte Brust in Abwesenheit nach verbotenen Schriften untersucht.

Ich will unseren Striegler hiermit zu wissen thun, daß wir ihn bei dem nächsten Schurkenstreife, den er begeht, zur Aufnahme in das vom „Sozialdemokrat“ eröffnete „Verbrecher-Album“ empfehlen werden.

Mit Prozessen waren wir dieses Jahr reichlich beglückt. § 131-Prozesse hatten wir 4, denn gegen dieses Paragraph hatten die Wahlaufträge des 17., 18. und 19. Wahlkreises gekündigt, und wurden somit die Verleger und die geangelteten Verbreiter unter Anklage gestellt. Das Urtheil, welches die 2. Strafkammer des Landgerichts Zwidaun in sprechen hatte, war jedoch für sämtliche Angeklagte ein freisprechendes, trotzdem der Herr Oberstaatsanwalt Cufasch in jeder Verhandlung die Angeklagten gehörig verbörrern wissen wollte.

Soeben erlaube ich, daß „unser“ Cufasch gegen das Erkenntniß betr. den Anruf im 17. Kreise Revision eingeleget hatte, und daß das Urtheil vom Reichsgericht laßt und zur nochmaligen Erörterung an das Landgericht Zwidaun zurückverwiesen wurde. In diesem Falle sind angeklagt: der aus Leipzig ausgewiesene Genosse Max Preßler als Verleger, sowie drei Genossen aus Glaucha als Verbreiter.

*) Und wenn er dafür nebenbei auch „gemüthlich“ gekriegelt würde, so dürfte das ihm und Seinesgleichen, die unter dem stillen Beizalle ihrer Oberen die behebende Rechthelofigkeit unserer Genosse in solchen und ähnlichen schamlosen Brutalitäten gegen sie mißbrauchen, nur beläun sein und ihren Eifer adämen — im Interesse ihrer jarten Haut.

Verschiedene Segemerkungen.

Anßerdem wurden gegen eine Anzahl Ossien 5 Prozesse wegen Verbreitung verbotener Druckschriften erhoben, 2 davon endeten mit Freisprechung, weil den Angeklagten nicht nachgewiesen werden konnte, daß die Schriften auch an dritte Personen gelangen sollten. Beurtheilt wurden dagegen je 3 Mann zu je 50 Mark Geldbuße, eventuell 14 Tagen Gefängniß, und in die Kosten, einer zu 30 M. Geldstrafe und Tragung der Kosten, sowie Genosse Hoch in Planitz zu 14 Tagen Gefängniß und in die Kosten, weil er eine Rede des Reichstagsabgeordneten Bollmeyer verbreitet hatte. Der Gerichtshof „nahm an“, daß Hoch als eifriger Anhänger der Sozialdemokratie noch mehr solcher Reden verbreitet habe. Auch wurde dem Genossen Herwig, dem die Verbreitung von Druckschriften verboten war, der Prozeß gemacht, weil er sich nicht hatte verhalten können, noch etwas Gedrucktes weiterzugeben. Herwig zog es jedoch vor, die Verhandlung nicht abzuwarten, weil er hier kreuzlos geworden war, sondern ging außer Schußweite. Das höchste Strafmaß kam hier in Anwendung: 6 Monate Gefängniß. Ferner hatte sich Genosse Klein wegen öffentlichen Sammelns zu sozialistischen Zwecken zu verantworten, die Verhandlung wurde jedoch vertagt, um weitere Befestigungsmomente herbeizuführen, und ist das Resultat demnach noch abzuwarten. Ob nun die Polizei nicht noch Neues in diesem Jahre gegen uns anspricht, läßt sich nicht bestimmen, denn jeder Kampf fordert seine Opfer. Die Verbreitung von Druckschriften wurde bis jetzt in Zwidaun neun Personen verboten; es ist jedoch anzunehmen, daß bis zur nächsten Wahl noch mehr Genossen mit dieser Maßregel bestraft werden. Daß dies aber den geplanten Erfolg, welchen die Behörde damit im Auge hat, nicht haben wird, dafür werden wir zu sorgen wissen.

Noch Eines will ich heute in Erwähnung bringen, nämlich die Auswanderung. Diefelbe ist in hiesiger Gegend zu einer förmlichen Epidemie geworden, tagtäglich hört man, daß der oder jener Bekannte theils mit, theils vorläufig ohne Familie auswandert, um sich jenseits des Ozeans eine sorgenfreiere Existenz zu schaffen; schon so mancher brave Genosse, den wir in der Agitation sehr vermissen, sagte uns Lebenswohl! War nun die Abreise unseres Genossen Christian Posamer nach Preußen für uns, speziell für unseren Nachbarort Schödemwig, ein rechtlicher Verlust, so haben wir durch die Abreise unseres Freundes Gustav Reincke aus Werdaun nach Philadelphia abermals einen der wichtigsten Genossen verloren, denn derselbe ließ sich weder Mühe noch Opfer verbieten, für die Bewegung einzutreten. Wir wünschen ihm bei unseren überseeischen Freunden eine gute Aufnahme, denn obgleich wir ihn ungern scheiden sehen, so müssen wir doch seinen Entschluß der eingetretenen Familienverhältnisse halber voll und ganz billigen.

An die hiesigen Genossen richte ich aber die Aufforderung, dafür Sorge zu tragen, daß überall, wo uns eine Lücke entstanden, dieselbe sofort wieder ausgefüllt werde. Seid unermüdlich in der Verbreitung unserer Ideen, werbt stets neue Genossen, bedient bei jeder sich darbietenden Gelegenheit unseren Unterhaltungssohd, denn der Kampf erfordert Mittel, und kämpfen wollen unter oder ohne Ausnahme, denn wir wollen und müssen durch den Kampf zum Sieg! Sch

Blauen, 22. Oktober. Ich hatte Ihnen versprochen, gleich nach Beendigung des Weberstreiks Bericht erstatten zu wollen, und komme hiermit dem Versprechen nach.

Der Streik in den beiden letzten Fabriken dauerte acht Tage. Mit Eig und Niedertracht, unterstützt durch die Hungerpeitsche, suchten die Fabrikanten die Arbeiter zu zerpfittern, und das ist ihnen leider gelungen. Die beiden Fabrikanten erließen Annoncen im hiesigen „Tagblatt“, in welchen sie sämtliche Arbeiter als entlassenen erklärten und gleichzeitig andere Arbeiter zu den von den Fabrikanten vereinbarten, um 10, resp. 12 1/2 Prozent erhöhten Löhnen suchten; dadurch wurden viele von den Arbeitern mangelmächtig, da sie fürchteten, ihre Plätze zu verlieren, wenn andere Arbeiter eingestellt würden, was auch in einigen Fällen bereits geschehen war. Ferner sandte die Ausbeuterbande ihre Spürhunde, genannt Wermeister, aus, welche unter den indifferenteften Arbeitern das Gerücht verbreiten mußten, daß der Streik beendet sei und daß, wer nicht wieder eintrete, von der Strafe weg verhaftet würde. Andererseits war wieder das Gerücht verbreitet, die Streikenden würden vom Staate unterstützt werden; dassethe veranlaßt seine Entschung einer Aenderung des hiesigen Polizeihabtrabes Wagner. Derselbe hatte nämlich in einer der ersten Versammlungen die Forderung der Arbeiter als gerechtfertigt anerkannt und erklärt, für die Arbeiter thun zu wollen, was er thun könne — nämlich nichts. Auf diese Worte: „was er thun könne“, legten die Leute viel Gewicht; als sie ihn ernstlich beim Wort nahmen, daß er den Kopf aus der Schlinge und verweise sie an die Kreishauptmannschaft, von dort aus wurden sie an die Kreishauptmannschaft verwiesen, und so von Pontius zu Pilatus geschickt, bis Alle den Rath verloren hatten.

Wenn man nun als prüfender Beobachter die ganze Bewegung unter den hiesigen Weibern überblickt, so stäubt man, daß dieselben noch auf einer sehr niedrigen Kulturstufe stehen. Es ist dies aber hier bei fast allen Arbeitern so, worin man natürlich die Leute nicht selbst verantwortlich machen kann; die Ursachen liegen in den allgemeinen schlechten Loh- und Arbeitsverhältnissen, in schlechter Nahrung und ungenügender und fälscher Schulbildung. Das sind nach meiner Ansicht die Faktoren, die allein verantwortlich zu machen sind. Das Eine aber ist nicht zu verlernen: die Leute haben durch den Misserfolg, der eine Folge ihres unplanmäßigen Vorgehens ist, begriffen gelernt, daß ohne Organisation und ohne Mittel nichts auszuführen ist und daß die ganze Stärke in der Einigkeit der betreffenden Arbeiter selbst liegt. Wie ich gehd habe, soll die Gründung eines Fachvereins der Weber im Gange sein. Rühr. Vle.

Oblau, 12. Oktober. Am 30. April d. J. tagte hier eine öffentliche Versammlung sämtlicher Tabakarbeiter, welche von 300—400 Personen besucht war. Referent war Genosse Feltenberg aus Breslau. Er kritisierte die Monopolvorlage in schärfster Weise. Hier nach einmal widerzugeben, was Alles gesprochen worden ist, halte ich für unnütz, es handelt sich doch nur um die Worte, welche gegen den § 131 des Reichspressgesetzbuchs verstoßen haben sollen. Diese lauten: Die Monopolvorlage sei wieder so ein politisches Steuerexperiment, seine Parole sei, der heutigen Regierung seinen Pnennig neuer Steuern, denn die Regierung verwende die Steuern doch nur zur Anschaffung von Pappen und Kanonen. Wegen dieser Äußerungen wurde Anklage erhoben, jedoch nicht auf Bericht der Polizei hin, sondern der Posttelegraphisch Anzeiger ist der laubere Denunziant. Am 8. September stand vor dem Landgericht in Briez Termin an. Belastungszeugen waren Renzel und Polizeisekretär Clemen s. Entlastungszeugen waren die drei Parteigenossen Meißner, Frost und Briesner. Alle Jengen wurden verurtheilt. Feltenberg bestritt auf das Entschiedenste, die ihm unterstellten Äußerungen gethan zu haben, während Renzel die Denunziation anpricht erhielt und noch hinzufügte, daß bei den in der Anklage angeführten Worten ein schallendes Gelächter ausgebrochen sei, und daß Feltenberg ganz ruhig gesprochen habe. Clemen s wollte ebenfalls die Worte gehört haben, worauf ihn Feltenberg fragte, warum er als überwachender Polizist denn die Versammlung, als er diese Worte gehört, nicht angeht habe. Clemen s gab keine Antwort, denn das versteht er leider nicht, aber da ersehen als rettender Engel der Staatsanwalt und verbot Feltenberg das Unterpfücken, da „hier nicht der Ort dazu ist.“ Meißner, welcher als Vorsitzender der Versammlung fungierte, sagte aus, daß er die betreffenden Theile der Rede gleichfalls gehört habe, als er indes weiter sprechen wollte, fragte ihn der Staatsanwalt, in welcher Entfernung er vom Redner gewesen habe, und als konstatirt wurde, daß der Redner direkt bei ihm gestanden, wurde er mit kurzen Worten — entlassen. Frost war bei den in Rede stehenden Worten nicht im Saale anwesend. Briesner war in der Versammlung Schriftführer, die an. Worte hat er nicht gehört, da er schreiben mußte. Der Staatsanwalt — ein junger Mann, welcher wahrscheinlich als solcher erst einleert, wie man aus seiner Rede, die gar nicht zusammenhängend war und von vielen ihm und ich unterbrochen wurde, schließen muß — sagte: „Ich werde mich kurz fassen. Es ist von 3 Zeugen bekümt worden, daß der Angeklagte Feltenberg die in der Anklage enthaltenen Worte gebraucht hat. Hätte er auch nicht Pappen, sondern wie er behauptet, Truppen gesagt, so sind die anderen Worte doch eine Verdächtigmachung staatlicher Einrichtungen, da die Regierung nicht mehr für Militärzwecke ausgibt, als was ihr auf Grund der Verfassung zuließe, und was von Reichstage bewilligt wird. Da Feltenberg, wie Renzel jagab, „ganz ruhig gesprochen hat“, so hat er diese Verlegung gegen § 131 vollständig wesentlich gethan; da er schon mit 2 Monaten wegen Vergehen gegen denselben Paragraphen verurtheilt ist, so beantrage ich 3 Monate Gefängniß. Feltenberg's Verteidigung war kurz und bündig. Er bestritt auf das Entschiedenste, die inkriminierte Äußerung gethan zu haben, und behauptet, Truppen gesagt zu haben. Warum, fragt er,

sind ich wegen dieser Rede angeklagt, warum werden nicht auch Stücker, Henrici u. wegen Aufreizung zum Klassenhaß angeklagt? Diefelben predigen dem Volke ganz frei und offen Klassenhaß! Er beweist dieses durch mehrere Zeitungsauschnitte. „Ich will hier nur die Worte erwähnen, welche Henrici gesprochen hat: „Ich werde nicht eher ruhen, bis sämtliche Juden aus Deutschland heraus sind! (Feltenberg ist auch Jude.) Ist dies kein Bergehen gegen § 130? Ich habe aber noch nicht gehört oder gelesen, daß Diejenigen, die so sprachen, bestraft oder unter Anklage gestellt worden wären. Ich fühle mich nicht schuldig, deshalb erwarte ich meine Freisprechung.“ (Obgleich der Hinweis auf die Duldung der Juden wegen nicht zur Sache gehörte, sagte weder der Staatsanwalt noch der Gerichtshof ein Wort gegen die bezgl. Ausführungen Feltenberg's.) Nach ungefähr viertelstündiger Berathung verurtheilte der Gerichtshof (der Gerichtshof ist liberal!) das Urtheil: 100 Mark Geldstrafe, event. 20 Tage Gefängniß und Tragung der Kosten. Die Strafe von 2 Monaten kann F. nicht angerechnet werden, da dieselbe noch nicht rechtskräftig geworden. (Bekanntlich ist die Strafbefolgung gegen Kräder und Genossen auf 1 Jahr eingestellt.) Die Namen des Gerichtshofes resp. Staatsanwaltes sind mir noch nicht bekannt; wozu ich dieselben erfahren habe, werde ich darüber berichten. — Feltenberg hat die Kosten zu 166 R. 10 Pf. Mit sozialdemokratischem Gruß! Schlo.

Nachruf.

Meran in Tirol. Am 13. Oktober entriß uns der Tod einen der wackersten Kämpfer für die Volkssache, der auch weit über unsere Sidiichen hinaus bei den Genossen bekannt war. Der langjährige Vorsitzende des Arbeiterbildungsvereins, Genosse Josef Lechleitner, dessen nicht genug zu rühmende Opferwilligkeit für unsere große Sache ihm im Freundeskreise den Scherennamen „Unser liebes Flech“ eingetragen, hat in der Blüthe seiner Jahre die Augen für immer geschlossen. Sein Begebniß fand am 15. Oktober statt. Den Sarg trugen Mitglieder des Arbeiterbildungsvereins, dann folgten im Zuge die Genossen und Freunde des Verstorbenen. Viele Kränze, u. a. einer vom Arbeiterbildungsvereins Zunsbrud, schmückten das Grab unseres Freundes. Am Grab hielt der Obmann-Stellvertreter des Arbeiterbildungsvereins, Genosse J. B. Leib, eine ergreifende Ansprache. Aus wird der Verstorbenen unvergesslich bleiben, wir werden sein Andenken stets in Ehren halten. Probus.

Warnung.

Die Augsburger Genossen ersuchen uns, die Parteigenossen allerorts vor einem gewissen Renneier, Schuhmacher, zu warnen. Derselbe soll sich jetzt im Schwäbischen befinden. Renneier hat sich als Verehrter schlimmerer Sorte erwiesen. Er hat von Augsburger Politikern mehreren Gratifikationen bis zu 50 Mk. für seine geleisteten Spitzdienste erhalten und trat im Prozeß Kräder und Genossen als öffentlicher Zeuge wider unsere Freunde auf. Also aufgepaßt!

Briefkasten

Der Expedition: Kämmerle: Fr. 3,50 durch W. erh. Bezahlt war bis Ende Nov. hier Fr. 1,30. Preis pr. 4. Oa. St. Fr. 3,75. Also Fr. 1,05 d. Wd. d. zugew. — Eberfeld: St. mit Korr. v. 27/10. kostet 50 Cts. Stroportio, da über 15 Gramm. Je 15 Gr. kosten 20 Pf., wie oft sollen wir das noch aufpumpen!? — Dtsch. Verein Winterthur: Fr. 15.— Arbeiterbeitrag d. Wd. d. zugew., bezgl. Fr. 12,20 f. d. freitenden Weber in Gletz bezogen. — W. S. Wdr.: Fr. 3,75. B. ab 4. Oa. f. P. erh. — Dts.: Wd. 18.— Ab. 3. Oa. erh. Adr. geordnet. Sht. mit 45.— F. B. E.: Wd. 3.— Ab. 4. Oa. erh. Wd. 5.— d. Wd. d. zugew. — Rother Hans: Wd. 19,80 Ab. Oth. erh. Bst. bez. Ztbl. Rührer. — Von durligen Reiten Hebrig-Gelassenen: Fr. — 50 d. Wd. d. zugew. — Cantina: Fr. — 70 für Ppr. erh. — Grachus W.: Wd. 35.— Ab. 4. Oa. erh. Anzahlung folgt. — G. D. Lyon: Fr. 2,50 Ab. 4. Oa. erh. — (500): Wd. 3.— Ab. 4. Oa. erh. Wd. — 50 p. Wd. d. erh. — (—): d. n. 4.— Ab. 4. Oa. f. P. u. Sht. erh. Haben Sie 10 Kr. gut auf Schjmuta mit 44.— f. P. d. Sht. Fr. 25,50 Ab. Sept. u. Okt. neß Vrd. erh. Recht so. Sht. d. g. b. — Carl Horn: Wd. 27,90. Ab. Oa. u. Gdrung gutgeh. Alles beacht. Nachschr. folgt. — Zürich: Fr. 20,21 u. d. öffentl. Sozial-Best. im Schbz. für die freitenden Crimmitschauer d. Wd. erh. und bezogt. — G. J.: Wir haben Alles erh. Gem. wird bef. — Raso: Fr. — 70 f. 7 Sept. 44 erh. — G. O. Saltina: Wd. 12.— Ab. 4. Oa. erh. u. Adr. geordnet. — Rosa Bek.: Wd. 50.— d. Oa. Ab. 3. Oa. erh. Bewilligtes folgt. — Ararat: d. n. 3,40 Ab. 4. Oa. erh. Erfragtes siehe Bst. 30. Weiteres vorgem. — r: Fr. 8.— d. Oa. Ab. 3. u. 4. Oa. erh. — Der alte Rothe P.: Wd. 13,20 Ab. Aug. u. Sept. neß Adr. erh. Weiteres geordnet. — h.: Mehrbek. folgt. haben betr. Bpost nur eine Noth gegeben, die dorten ankam. — Seriom: Fr. 14,65 pr. Sht. Oa. erh. — „Für den Ort im Kreise“: Wd. 3.— Ab. 4. Oa. erh. — 30 f. Progr., sowie für Serie f. T. W. Wd. 3.— Ab. 4. Oa. jugl. erh. Von Weiterem keine Spur. Beßgl. bezogt. — Müllwurm Rgm.: Wd. 6.— Ab. 4. Oa. f. 2 Expl. erh. — R. P. Wdm.: Hier nichts eingetr., kann also unterlassen oder gekiebert sein. — Der Bekannte: 100 Mehrbek. folgen ab 44, da alleits viel Beßgl. mit Nachschr. G. hat von sich hören lassen. — Ferd.: Waren schon denahr. Weiteres vom 28/10. bezogt. — Fr. 5. B.: Bf. v. 24/10. erh. Gdr. geordnet. — Rasi: Bf. v. 28/10. w. hier. Ebenso Wd. 60.— Ab. 3. Oa. u. Wd. 30.— Ab. 4. Oa. Quantitäten stets nach Vorshr. Also genaue Angabe Erereltes Vorbedingung. Wd. folgt. Bf. mehr. — W. J.: Bereichs quittirt, steht O. O., Bf. am 31/10. mehr. — Peter: Bf. v. 24. am 31/10. beantr. — Droßelbruder: Folgen 26. Nachschr. fragl. — Schorfe: Alles hier. Weiteres folgt, ebenso 1—44. Oh muß jedes Oa. zur Postzeit, richtig, signalisiert werden. Viesg. fort. — Eln.: 35 Cts. Straporto, falsche Adresse und richtiger Eingang des Bfs v. 25/10., das nennt man „Turlet“. — Lucius: Bf. v. 26. am 31/10. beantr. — Grachus J.: Bf. v. 25/10. erh. u. beachtet. — S. Sp. Fg.: Wd. 2.— f. Sht. erh. — T. v. Rain: Wd. 12.— Ab. 3. Sept. erh. Bewilligtes kommt. — F. G. Bularek: Wd. 1,20 f. Aufstöße, u. Wd. 3,50 pr. Wd. d. erh. Betr. Anliegen ist bereits erledigt. Helfen Dank! — S. u. T. Paris: Fr. 5,40 Ab. 4. Oa. u. Rn., sowie Fr. 10.— pr. Wd. d. erh. Siehe später Fortsetz.

J. Oppold, Schym, del. Herz, Hauskonfr. 176, New-York: Ist J. Unsum am 13. Sept. dorten angekommen? Antwort u. Brief für Pommer's weiter umgehend hierher erbeten. Eltern sehr besorgt. Albert.

Soeben ist erschienen und durch die Unterzeichnete zu beziehen:

I. Flugchrift der auswärtigen Propaganda.

Aufhebung des Sozialistengesetzes?

Ein Wort zur Taktik der deutschen Sozialdemokratie.

Von **Surtur**.

1 Bogen Oktav. Preis: Einzeln 5 Cts. Hundert Expl. 2 Fr. Bestellungen nimmt entgegen

Die Volksbuchhandlung Göttingen-Zürich.

London Comm. Arbeiter-Bildungs-Verein

49 Tottenham Street, Tottenham Court Road.

Die Wirthschaft des Vereins ist geöffnet von Morgens 9 bis Nachts 12 Uhr. Wir ersuchen die reisenden Genossen auf unsere Adresse zu achten.

Der Vorstand.

Zur Beachtung!

New-York Arbeiter-Fortbildungsverein

Derselbe versammelt sich jeden Montag in Jean Grosz's Hamburger Hall 176 Ost 3. Street.

1,000 (5) Der Vorstand.

Schweizerische Genossenschaftsdruckerei Quinigen-Zürich.